



UNSERE ZUKUNFT – AUS EIGENER FERTIGUNG!

Aktionsplan von industriAll Europe für die Zukunft der europäischen Industrie



Inhalt

Europa braucht die Industrie, die Industrie braucht Europa	1
1. Empowerment der Beschäftigten beginnt mit hochwertigen Arbeitsplätzen und Beschäftigungssicherheit	4
2. Fertigkeiten sind der Schlüssel	6
3. In einen lange anhaltenden Wirtschaftsaufschwung investieren	8
4. Europäische Industriepolitik zur Unterstützung von Sektoren und Regionen	10
5. Die Digitalisierung der europäischen Industrie muss ein Prozess gemeinsamen Fortschritts sein.....	13
6. Industrie: ein Motor für nachhaltige Entwicklung	16
7. Eine faire Energiewende	18
8. Innovation durch alle und für alle.....	20
9. Handel muss fair sein, um für die Mehrheit von Nutzen zu sein	22
10. Unternehmen müssen in Arbeitsplätze investieren, nicht in Steuerparadiese	24
11. Stoppt den Wandel nicht, nehmt ihn vorweg.....	26

Europa braucht die Industrie, die Industrie braucht Europa

Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zu Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa. 36 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt von der europäischen Industrie ab. Zudem schafft jeder Arbeitsplatz in der Industrie mindestens einen weiteren Arbeitsplatz im Dienstleistungssektor. Heute steht die Industrie (einschließlich Energie- und Bausektor) für 25 % des BIP und der Beschäftigung in Europa. 65 % der Investitionen in F&E und 75 % der Exporte entfallen auf sie.

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 ging die Beschäftigung in der europäischen Industrie um 10 % zurück – 4 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, aber seit 2013 wurden in der Industrie fast 2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Das zeigt die Stärke der europäischen Industrie in einem industriellen Umfeld, das schnellen Veränderungen unterworfen ist.

Die europäische Industrie steht an einem Scheideweg, die europäische Industriepolitik ist wichtiger denn je. Eine der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, ist die **Globalisierung**. Obwohl die europäischen Märkte die wichtigsten Absatzmärkte für unsere industrielle Produktion sind, hängen große Teile der europäischen Industrie immer mehr von externen Exporten und der Einbindung in komplexe grenzübergreifende Wertschöpfungsketten in einem zunehmend globalisierten Markt ab. Die Globalisierung hat zu grundlegenden und raschen Veränderungen auf dem weltweiten Markt für Güter, Kapital und Arbeit geführt. Ein Beispiel ist das Auftreten neuer großer Akteure wie China und Indien im Osten. Zeitgleich sehen wir uns mit der „America First“-Politik konfrontiert, durch die die Gefahr von Handelskonflikten steigt, an deren Ende es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben wird. Diese fundamentalen globalen Veränderungen erfordern europäische statt einzelstaatliche Strategien und Antworten.

Auch die **Digitalisierung** hat in fast allen Industriesektoren eine neue industrielle Revolution ausgelöst. Die Digitalisierung von Produktionsprozessen und Endprodukten bedeutet eine Erneuerung von Entwicklung, Design und Fertigung unserer Produkte sowie der Art, wie wir Handel betreiben und Arbeit und unsere Arbeitsplätze organisieren. Die Digitalisierung bringt die Herausforderung mit sich, die **Versorgung mit Rohstoffen** wie Nichteisenmetalle und seltene Erden zu garantieren.

Der **Klimawandel** und der gesellschaftliche Wille zum Übergang in eine nachhaltigere und kohlenstoffarme Wirtschaft ist eine Bedingung, an die sich unsere Industrien halten müssen. Der Übergang in kohlenstoffarme Wirtschaften verlangt tiefgreifende Veränderungen in allen Industriebranchen. Der Übergang in eine ausgeprägtere **Kreislaufwirtschaft** (nicht nur Recycling, sondern auch Wiederaufbereitung und Wiederverwendung) wird für die Entwicklung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Industrie entscheidend sein. Aufgrund der Forderung nach einer Senkung der CO₂-Emissionen und aufgrund des anhaltenden Trends zur Urbanisierung gilt das auch für die gesamte „Mobilitätsindustrie“. Die **kohlenstoffarme Wirtschaft** wird in den meisten bestehenden Industriesektoren zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Gewisse traditionelle Industriesektoren können vielleicht neue Geschäftsmöglichkeiten entwickeln, während andere einen eher schmerzhaften Prozess durchlaufen müssen. Daher muss die Europäische Union Verantwortung übernehmen und die Industrien und Regionen unterstützen, die die negativen Auswirkungen gemeinsamer politischer Entscheidungen zur Senkung der CO₂-Emissionen und zum Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zu spüren bekommen werden.

Die **Finanzkrise** hat mit einer zunehmenden Konzentration von Wohlstand und Macht in weniger Händen, fragilen und prekären Arbeitsmärkten und einem steigenden Anteil von Erwerbsarmut tiefe Wunden geschlagen. Die Nachwirkungen der Krise nähren Protektionismus und Populismus, nicht zuletzt in alten industriellen Hochburgen.

Damit die europäische Industrie auf globaler Ebene leistungsfähig bleibt, auch langfristig, bedarf es einer voluntaristischen und ehrgeizigen Industriepolitik. Diese Politik muss auf strategischen Visionen für die langfristige Zukunft der europäischen Industrie beruhen. Aber darüber hinaus muss die europäische Industrie auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen und Lösungen für die vielen gesellschaftlichen Probleme anbieten, mit denen wir konfrontiert sind: Mobilität, eine älter werdende Gesellschaft, nachhaltige Energie, Klimawandel und Digitalisierung. Zur Unterstützung der Industrie bei der Bewältigung all dieser Herausforderungen ist ein abgestimmter und umfassender Ansatz auf europäischer Ebene unabdingbar. Einzelstaatliche Industriepolitiken allein sind diesen Herausforderungen nicht gewachsen. Industriepolitik ist einer der Bereiche, wo **„mehr Europa den positiven Unterschied ausmachen kann“**.

Die Leitlinien für eine europäische Industriepolitik und die notwendigen Veränderungen müssen auf Produkten von hoher **Qualität** basieren, die eine lange Lebensdauer haben, recycelt werden können, geringe Umweltauswirkungen haben, sicher anzuwenden sind, die höchsten Ansprüche in Sachen Cybersicherheit erfüllen, konkurrenzfähig sind usw. Hochwertige Produkte gehen Hand in Hand mit hochwertigen Produktionsprozessen und hochwertigen Arbeitsplätzen. Überdies sollte **Gerechtigkeit** ein Eckpfeiler europäischer Industriepolitik sein, in Form adäquater Wettbewerbsregeln für Unternehmen und unter Volkswirtschaften, gerechter Besteuerung sowie gerechter Verteilung des zwischen Arbeit und Kapital und entlang der Wertschöpfungsketten geschaffenen Reichtums. Nur durch diese Art der Gerechtigkeit können wir einen **„gerechten Übergang“** unserer Industrien erreichen – sowohl in Bezug auf die Industrien selbst, als auch in Bezug auf die Industriebeschäftigten.

IndustriAll Europe ist der Auffassung, dass die EU **das industrielle Potenzial Europas wiederaufbauen** und **den Anteil der Fertigung am BIP wieder auf 20 % erhöhen muss**. Die EU darf den Niedergang oder die Stagnation

der Aktivitäten und Arbeitsplätze in der europäischen Fertigung nicht widerstandslos hinnehmen. In Europa nahm die erste und die zweite industrielle Revolution ihren Anfang. Europa muss auch während der aktuellen kohlenstoffarmen und digitalen industriellen Revolution an der Spitze stehen. Dies erfordert weniger eine Debatte über „mehr“ im Gegensatz zu „weniger“ Europa, als eher eine Debatte über ein „besseres“ Europa. In diesem Aktionsplan will industriAll Europe aufzeigen, wie die Prinzipien von Qualität und Gerechtigkeit zu einer starken und weltweit führenden europäischen Industrie beitragen können. Dieses Dokument versucht aufzuzeigen, wie Mehrwert und Arbeitsplätze in einer modernisierten Industrie, die auf digitalen und kohlenstoffarmen Technologien aufbaut, geschaffen werden können. Es zielt ferner darauf ab, die Beschäftigten, Sektoren und Regionen auf die strukturellen Veränderungen vorzubereiten, denen sie sich in der Zukunft stellen werden müssen.

Die europäische Industrie steht an einem Scheideweg. Es darf aber niemand zurückgelassen werden, wenn wir uns den Herausforderungen stellen, vor denen die Industrie und ihre Beschäftigten stehen. Für industriAll Europe ist klar, dass Arbeitnehmerbeteiligung von der Produktion bis zur strategischen Entscheidungsfindung eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Weg hin zu einer nachhaltigen, wissensbasierten, ressourceneffizienten und leistungsstarken Industrie ist. Industrielle Erneuerung und eine florierende Industrie sind nur auf der Grundlage hochwertiger Arbeitsplätze und engagierter Beschäftigter möglich.

Die Europäische Kommission hat anerkannt, dass Länder mit gut entwickelten Sozialdialogstrukturen besser abschneiden. Sozialer Dialog auf verschiedenen Ebenen (betrieblich, sektoral, national und europäisch) ist der Schlüssel für die Bewältigung der wirtschaftlichen und industriellen Herausforderungen in Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Insbesondere wenn wir mit großen Herausforderungen konfrontiert sind, z.B. Energiewende, Digitalisierung und Globalisierung, ist der soziale Dialog das Instrument, um Veränderungen vorwegzunehmen und gemeinsame Strategien für Unternehmen und Beschäftigte zu definieren und so den Wandel erfolgreich zu bewältigen. IndustriAll Europe engagiert sich in elf sektoralen Sozialdialogen auf europäischer Ebene. In diesen Ausschüssen für den sozialen Dialog ist es ein gemeinsames Anliegen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, eine kohärente industriepolitische Strategie zu definieren, die günstige Rahmenbedingungen für das Wachstum unserer Industriesektoren schafft.

industriAll Europe ist überzeugt, dass unser ausgefeiltes Sozialmodell die richtigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche industrielle Transformation bietet, durch die die Erosion der Fertigung gestoppt und neue gute Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das wiederum wird zum sozialen Zusammenhalt in Europa und zur Bindung der europäischen Bürger an die Ideale der Gründer Europas, „Fortschritte bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erzielen“ beitragen.

1. Empowerment der Beschäftigten beginnt mit hochwertigen Arbeitsplätzen und Beschäftigungssicherheit

Europa macht sich endlich wieder an die Arbeit, und die Arbeitslosenraten beginnen zu sinken. Die Qualität und Nachhaltigkeit der geschaffenen Arbeitsplätze gibt jedoch Anlass zur Sorge. Viele der neuen Arbeitsplätze sind befristet (20 % aller Arbeitsplätze) und Teilzeitbeschäftigungen (14 %). Gleichzeitig ist die Übergangsrate zu unbefristeter Vollzeitbeschäftigung niedrig. Die Unterbeschäftigung (unfreiwillige Teilzeitarbeit und „entmutigte“ Arbeitnehmer – Menschen, die für den Arbeitsmarkt nicht länger verfügbar sind) ist noch immer viel höher als vor der Krise. Der Anteil „erwerbstätiger Armer“ (Haushaltseinkommen unter 60 % des mittleren Einkommens) ist auf fast 10 % gestiegen. Zudem erfährt der Arbeitsmarkt aufgrund des starken Rückgangs bei Arbeitsplätzen auf mittlerem Qualifikationsniveau eine immer stärkere Polarisierung, vor allem in Industrie und Bau.

industriAll Europe ist der Ansicht, dass es jetzt an der Zeit ist, unser europäisches Sozialmodell wiederzubeleben, indem Arbeitnehmerrechte, sozialer Dialog und Tarifverhandlungen wieder in den Vordergrund gerückt und gestärkt werden. Es ist auch höchste Zeit für einen neuen Ansatz in der Lohnpolitik. Der Imperativ, wonach „jeder Arbeitsplatz besser ist als kein Arbeitsplatz“ muss durch das Versprechen „mehr, aber bessere Arbeitsplätze“ ersetzt werden. Für industriAll Europe sind qualifizierte, engagierte und loyale Beschäftigte kein Kostenfaktor, sondern Schlüsselfaktoren für die Wirtschaftsleistung. Eine innovative, wissensbasierte Wirtschaft kann nicht von Arbeitskräften aufgebaut werden, die über keine Kompetenzen verfügen, schlecht bezahlt werden und in unsicheren Arbeitsverhältnissen stehen. Daher begrüßt industriAll Europe die Europäische Säule sozialer Rechte, die – unter der Bedingung eines klaren Fahrplans für die Umsetzung ihrer 20 Grundsätze – zu einem Katalysator für die Wiederherstellung der europäischen sozialen Marktwirtschaft, für sichere Arbeitsplätze und gerechte Entlohnung werden könnte, um soziale Investitionen zu stärken und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu verwirklichen.

industriAll Europe ist der Ansicht, dass es keinen Kompromiss zwischen Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen geben muss. Im Gegenteil, der Prozess „schlechte Arbeitsplätze verdrängen gute Arbeitsplätze“ (was zu Sozialdumping führt) muss durch Strategien ersetzt werden, die aus schlechter Arbeit hochwertige Arbeitsplätze machen. Das bedeutet:

- a) Zugang aller zu **unbefristeten Vollzeitverträgen** und Beschäftigungssicherheit
- b) **Erhöhung der Reallöhne**, um das Niveau der Produktivitätssteigerung zu erreichen. Von 2000 bis 2016 stieg die reale Produktivität pro Beschäftigten um 14,3 %, während der Anstieg der realen Entlohnung nur 10,2 % betrug.
- c) **Neuordnung der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung**, wodurch soziale Werte dieselbe Wertschätzung wie wirtschaftliche Freiheiten erfahren.
- d) **Die europäische Säule sozialer Rechte (ESSR)** muss Teil eines Paradigmenwechsels sein, weg von Deregulierung und Sparpolitik. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte muss durch Stabilität des Lohnanteils am Volkseinkommen und Beschäftigungssicherheit für Arbeitnehmer, starke Sozialsysteme und ein Instrument gegen Sozialdumping ersetzt werden. Zu diesem Zweck muss die ESSR in einen glaubwürdigen Zeitplan überführt werden, mit verbindlichen Rechtsvorschriften, klaren Verpflichtungen und gemeinsamen Prioritäten, die in das Europäische Semester und in die haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung integriert werden.
- e) **Strukturelle Reformen, die Beschäftigungsschutz schwächen und Arbeitsverträge deregulieren, müssen beendet werden**, da sie kontraproduktiv sind. Politische Fehler der EU und der

Mitgliedsstaaten haben zu einer längeren und tieferen Rezession geführt, als nötig gewesen wäre. Sparmaßnahmen und Millionen Menschen, die in Arbeitslosigkeit oder schlechte Jobs gezwungen wurden, haben der Wirtschaft nicht geholfen.

- f) **Bekämpfung von Armut trotz Erwerbstätigkeit**, indem niedrigen Löhnen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, z. B. durch Gesetz oder Tarifverträge.
- g) **Stärkung der Arbeitsgesetzgebung**, der Sozialsysteme, des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungsinstitutionen und ihre Wiederherstellung, wo sie abgebaut wurden.
- h) Ausbau der Jugendgarantie in eine allgemeine **Beschäftigungsgarantie** für alle gering qualifizierten Erwerbslosen: ein Angebot hochwertiger Beschäftigung, Aus- oder Weiterbildung innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind.
- i) **Sichere und gesunde Arbeitsplätze** und eine Arbeitsorganisation, die Arbeitnehmern aller Altersgruppen die Möglichkeit bietet, bis zum Rentenalter zu arbeiten.
- j) Achtung der Arbeitszeit, **eine gute Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben** und Gleichstellung von Männern und Frauen.
- k) **Abbau des anhaltenden Lohngefälles** in Europa durch das Aufsteigen der Industrie in der Wertschöpfungskette, durch Investitionen in Kompetenzen und regionale Entwicklungsstrategien.
- l) **Regulierung der Gig Economy**, um digitale, selbstständige Arbeitskräfte und solche in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu schützen.

2. Fertigkeiten sind der Schlüssel

Dafür zu sorgen, dass alle über die für den Arbeitsmarkt relevanten Fertigkeiten verfügen, während gleichzeitig die persönlichen Erwartungen an das Berufsleben erfüllt werden, ist eine Priorität für industriAll Europe. Dies gilt jedoch unter der Bedingung, dass hochqualitative Berufsbildungsangebote mit dem Zugang zu hochqualitativen Arbeitsplätzen einher gehen, denn Fertigkeiten sind ein Katalysator für Innovation und die Schaffung von Mehrwert und deshalb wichtig. Eine Industrie von Weltklasse hängt in starkem Maße von qualifizierten Arbeitskräften ab, die alle Qualifikations-, Wissens- und Kompetenzniveaus abdecken. Der Aufbau einer lernenden Gesellschaft ist daher die Grundvoraussetzung für den Aufbau einer innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die Globalisierung zwingt die europäische Industrie, die auf der Lohnseite nicht mit aufkommenden Wirtschaften konkurrieren kann, zu einem „Upgrade“. In einer sich schnell verändernden Industrie sind die Fertigkeiten der Beschäftigten entscheidend; nicht nur, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, sondern auch ihre Arbeitsplatzsicherheit, ihre soziale Integration und ihre Chancen im Leben. Für industriAll Europe kann die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte jedoch niemals auf die individuelle Verantwortung des Arbeitnehmers reduziert werden. Im Gegenteil, die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit erfordert umfassende Arbeitsmarktstrategien unter Einbeziehung aller relevanten Interessengruppen (Sozialpartner, Arbeitsmarktinstitutionen, Schulungsanbieter). Gegenwärtig verfügen 70 Millionen erwachsene Europäer nicht über adäquate Bildung und Schreibkompetenzen, während 169 Millionen (44 %) nicht über grundlegende IKT- und Rechenfertigkeiten verfügen. Zugleich werden wir mit einem auffallenden Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage konfrontiert. 2020 wird es 825.000 unbesetzte Stellen für IKT-Fachleute geben. Dieses Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage gibt es auch in anderen technischen Berufen und zwar auf allen Ausbildungsstufen. Darüber hinaus verändert die digitale Wirtschaft fast alle unsere Sektoren, was eine entsprechende Umschulung der Arbeitskräfte erfordert.

Investitionen in gute Bildung, Weiterbildung und berufliche Entwicklung im Laufe des gesamten Arbeitslebens werden eine beharrliche und kontinuierliche Politik erfordern, die Folgendes einschließt:

- a) Erfassung von Informationen über neue und verschwindende Beschäftigungsprofile und über zukünftige Qualifikationsanforderungen sowie rechtzeitiges **Handeln, um Missverhältnisse zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage in der Zukunft zu vermeiden** (z. B. mittels sektoraler Kompetenzbündnisse auf Grundlage von Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene und durch strategische Beschäftigungs- und Kompetenzplanung auf Unternehmensebene).
- b) **Berufsberatung** zu Beginn sowie im Laufe des gesamten Arbeitslebens, um die lebenslange Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern und sicherzustellen, dass die Fertigkeiten den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen.
- c) Gewährung des vollen und gleichberechtigten Zugangs zu Weiterbildung dank **eines individuellen Rechts auf Weiterbildung**, das tarifvertraglich oder sogar gesetzlich gesichert ist, sowie bezahlter Bildungsurlaub.
- d) **Einbeziehung der sektoralen Sozialpartner** sowie der lokalen Industrie in die Gestaltung der Bildungs- und Ausbildungssysteme, denn diese verfügen über umfassendes Wissen in Bezug auf Unternehmenssysteme und Marktanforderungen.
- e) mehr Möglichkeiten zur **Validierung von nichtformalem und informellem Lernen**, um die bei der Arbeit erworbenen Kompetenzen anzuerkennen.
- f) Förderung von **persönlichen Querschnittskompetenzen** wie Teamarbeit, Kommunikation, kreatives Denken, Problembewältigung und in erster Linie Lernfähigkeit.

- g) **Integration digitaler Fertigkeiten und Kompetenzen auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung.** Alle Sektoren und Berufe sind in irgendeiner Weise von der Digitalisierung betroffen. In diesem Zusammenhang kann industriAll Europe nicht akzeptieren, dass die Digitalisierung (aus)genutzt wird, um die Autonomie und die Kompetenzen der Beschäftigten einzuschränken (mit negativen Auswirkungen auf das Lohnniveau).
- h) **Halten älterer Beschäftigter am Arbeitsplatz** durch angepasste Weiterbildungsangebote (Sprachen, digitale Fertigkeiten) und durch einen systematischen Ansatz für Mentoring, um den Wissenstransfer zwischen den Generationen zu organisieren (um das „stille Know-how“ in einem Betrieb zu verbreiten).
- i) besondere Aufmerksamkeit für **die Anforderungen von KMU**, da große Unternehmen oft die Mittel haben, Menschen mit den notwendigen Fertigkeiten anzuwerben oder sie zu schulen.
- j) **Verbesserung des Europäischen Qualifikationsrahmens**, um eine Qualitätssicherung der Berufsausbildung zu gewährleisten und die Anerkennung und Übertragbarkeit erworbener Fertigkeiten über Arbeitsverhältnisse, Bildungssysteme, Unternehmen, Sektoren und Länder hinweg sicherzustellen.
- k) **Allgemeine und berufliche Bildungssysteme** müssen sicherstellen, dass junge Menschen und erwachsene Beschäftigte sowohl Grundfertigkeiten (Lesen, Rechnen) als auch MINT-Kompetenzen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), Querschnittskompetenzen (analytisches Denken, Problembewältigung, Kommunikation, Lernfähigkeit usw.) und digitale Fertigkeiten erwerben, die auf dem Arbeitsmarkt verlangt werden und ihre Beschäftigungsfähigkeit stärken.
- l) Es müssen **Programme für lebenslanges Lernen** geplant werden, die es den Beschäftigten ermöglichen, in jeder Lebensphase Zugang zu stimulierenden Lernerfahrungen zu erhalten, entweder aus individuellen oder beruflichen Gründen. In der Tat fördert eine Kultur des lebenslangen Lernens die soziale Eingliederung, die persönliche Entwicklung, die beruflichen Fähigkeiten und die aktive Bürgerschaft.
- m) Mitgliedstaaten müssen ihren **Verpflichtungen nachkommen, die sie im Rahmen der Strategie Europa 2020 eingegangen sind**: mindestens 2 % des BIP in höhere Bildung investieren, die Anzahl der Schulabbrecher auf unter 10 % senken, sicherstellen, dass mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen Tertiärbildung abschließen, dass mindestens 15 % der Erwachsenen lebenslang lernen, usw. Die öffentlichen Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung sowie der finanzielle Beitrag der Unternehmen müssen aufgestockt werden.

3. In einen lange anhaltenden Wirtschaftsaufschwung investieren

Nach fast sieben Jahren schwerer Finanz- und Wirtschaftskrise (2007-2013) befindet sich die EU jetzt schon im sechsten Jahr wirtschaftlicher Erholung. Dennoch muss erwähnt werden, dass einige Länder und Sektoren in Europa noch immer zu kämpfen haben.

Von einer Währungsunion in Turbulenzen wird die EU langsam zu einem überraschenden wirtschaftlichen Erfolg. Das Wirtschaftswachstum könnte zwar höher sein, aber es ist stabil. Es gibt aber keinen Grund, sich zurückzulehnen, da die Finanzkrise deutliche Wunden hinterlassen hat. Der Prozess der Lohnangleichung zwischen West- und Mitteleuropa kommt nicht voran. Das allgemeine Lohnwachstum ist verhalten oder sogar negativ, während der Anteil der Arbeit am BIP schrumpft. Strukturelle Ungleichgewichte wurden durch innere Abwertung korrigiert, ein beschönigender Ausdruck für Lohnkürzungen und den Abbau von Tarifverhandlungsstrukturen, Arbeitsschutz und Sozialversicherungssystemen. Einkommensungleichheit und Anzahl erwerbstätiger Armer sind dadurch gestiegen. Im Kontext stagnierender Nachfrage hat diese neoliberale Deregulierungspolitik die Krise nur noch verstärkt. Aus diesem Grund hat industriAll Europe die Sparpolitik immer als ökonomisch kontraproduktiv abgelehnt.

Aus Sicht von industriAll Europe bleibt die Erholung daher unvollständig und muss weiter konsolidiert werden. Die schwere Aufgabe, für einen lang anhaltenden Aufschwung zu sorgen und unserer Volkswirtschaften vor einer zukünftigen Konjunkturabschwächung zu schützen, muss nun in Angriff genommen werden. Auf allen Ebenen müssen Investitionen in nachhaltige, langfristige Industrieprojekte gefördert werden.

IndustriAll Europe ist der Ansicht, dass die Grundlagen für stetes Wirtschaftswachstum und langfristigen Wirtschaftsaufschwung gestärkt werden müssen:

- a) Fiskalpolitische Sparmaßnahmen haben zu tiefen Einschnitten bei öffentlichen und privaten Investitionen geführt. Nun da die meisten Mitgliedstaaten ihre Defizite auf weit unter 3 % gesenkt haben, muss dieser Spielraum vollständig genutzt werden, um **öffentliche Investitionen zu fördern**, die einen historischen Tiefstand erreicht haben. Auf europäischer Ebene können Investitionen durch eine Erweiterung und strategische Ausrichtung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die Einführung von Projektanleihen oder den Innovations- und den Modernisierungsfonds (Teil der Umsetzung der Energieunion) gefördert werden. IndustriAll Europe unterstützt die Einführung **einer goldenen Regel für öffentliche Investitionen** durch eine deutliche Erweiterung der aktuellen „Investitionsklausel“ uneingeschränkt. Öffentliche Investitionen sollten für alle Investitionskategorien, die die Wirtschaft unterstützen (nicht nur für Projekte, die durch die EU mitfinanziert werden) aus dem Defizitkriterium ausgenommen werden.
- b) **Private Investitionen** müssen gefördert werden. Sie tragen entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung bei. Zurzeit beträgt das Investitionsniveau im Verhältnis zum BIP nur 19 %, während es in der Vergangenheit bei 22,7 % lag. Unternehmen sollten ihre Gewinne in die Schaffung von Mehrwert und Arbeitsplätzen reinvestieren, anstatt Superdividenden auszuschütten oder ihre Aktien zurückzukaufen. Dies erfordert ein stabiles und vorhersehbares Investitionsumfeld und eine stimulierende makroökonomische Politik. Der institutionelle Unterbau der EWU ist nicht zweckmäßig. Die Finanzkrise zeigte die Mängel ihrer Architektur auf (ein Wechselkurs, ein Zinssatz, aber starke wirtschaftliche Divergenz). In der Zukunft müssen harte Maßnahmen der „inneren Abwertung“ um jeden Preis vermieden werden. Eine signifikante **Vertiefung der EWU** (ohne eine Agenda zur Durchsetzung neoliberaler Reformen) wird notwendig sein.
- c) Die Binnennachfrage muss gestärkt werden, indem der Sparpolitik endlich ein Ende bereitet wird, indem die **Löhne angehoben werden**, um diese wieder an eine gestiegene Produktivität anzugleichen.

- d) Die **Besteuerungsgrundlage** muss von Arbeit auf Umwelt und Vermögen verlagert werden.
- e) Dem **zunehmenden Grad der Finanzialisierung** der Wirtschaft muss ein Ende gesetzt werden, indem Regeln aufgestellt werden, um sich auf die grundlegenden Funktionen des Finanzsektors zu besinnen: mit Spareinlagen produktive Investitionen in der Realwirtschaft tätigen. Zusätzliche Regulierung muss eine neue Flut von Schattenbanken und spekulatives Short-Trading verhindern sowie die negativen Auswirkungen aktivistischer Aktionäre auf langfristige Unternehmensstrategien angehen.

4. Europäische Industriepolitik zur Unterstützung von Sektoren und Regionen

Makroökonomische und Industriepolitik verstärken sich gegenseitig. Industriepolitik wird nie die erwarteten Resultate liefern, wenn sie mit einer kontraktiven makroökonomischen Politik einhergeht. Andererseits bietet sich durch den aktuellen Wirtschaftsaufschwung die Gelegenheit, das Gefüge der europäischen Industrie wiederherzustellen und die vielfältigen und neuen Herausforderungen für die Industrie zu bewältigen, wie zum Beispiel: Modernisierung der industriellen Struktur Europas, Erhalt und Schaffung hochqualitativer Arbeitsplätze, Übertragung von Wissen in Innovation und von Innovation in marktfähige Produkte, ausgewogene regionale Entwicklung, Unterstützung des Übergangs in eine kohlenstoffarme Wirtschaft, alternde Gesellschaft, Förderung und Regulierung der Digitalisierung, große aufkommende Volkswirtschaften und staatlich gelenkte Industrialisierung. Industriepolitik muss die Führung übernehmen, Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bieten und die Richtung zu neuen Paradigmen weisen, die nicht spontan durch die Marktkräfte entstehen (Internet, GPS und die Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen sind Ergebnisse einer öffentlichen Politik).

In dieser Hinsicht möchte industriAll Europe Folgendes betonen:

- a) die Bedeutung **sektoraler Industriepolitiken**, um eine industrielle Vielfalt und eine breite industrielle Basis in der EU zu erhalten. industriAll Europe unterstützt gezielte Aktionspläne für alle Sektoren/Lieferketten, die von strategischem Interesse sind oder vor strukturellen Veränderungen stehen:
 - i. (Teil-)Sektoren und Wertschöpfungsketten mit großem Wachstumspotenzial, die mit schnellem technologischen Wandel (z. B. Schlüsseltechnologien) oder starker internationaler Konkurrenz konfrontiert sind.
 - ii. Energieintensive Sektoren, die auf nachhaltigere Strukturen umsteigen und bis zur Mitte des Jahrhunderts sogar völlig CO₂-frei sein müssen.
 - iii. „Premium-Strategien“ für Low- und Mediumtech-Industrien, um deren strukturelle Modernisierung zu fördern, indem ihr Innovationspotenzial erfolgreich umgesetzt und ihre Produktionsprozesse verbessert werden.
- b) Europäische Industriepolitik hat eine wichtige **regionale Dimension**. Die industrielle Entwicklung in Europa weist gravierende Ungleichgewichte auf, die auch starke Agglomerationsmerkmale industrieller Aktivität widerspiegeln. Das Potenzial der Regionen für die Modernisierung der Industrie, die Stärkung der Innovationssysteme, die Förderung der Verbreitung und Absorption neuer Technologien und der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, muss vollständig ausgeschöpft werden. Besondere Aufmerksamkeit muss weniger entwickelten und industriellen Übergangsregionen, interregionaler Zusammenarbeit zum Austausch bewährter Praktiken und der Förderung innovativer Cluster gewidmet werden. In dieser Hinsicht sind „Strategien zur intelligenten Spezialisierung“ auf regionaler Ebene ein wichtiger Hebel zum Aufbau einer kritischen Masse von F&E und Investitionskapazitäten in vielversprechenden Bereichen, die fortschrittliche Technologien und lokale Kompetenzen, auch in traditionellen Industrien, kombinieren.
- c) **Strukturfonds** sind die wichtigsten Instrumente auf EU-Ebene, um regionale Ungleichgewichte auszugleichen und die Opfer struktureller Veränderungen zu unterstützen. Die Strukturfonds

dürfen jedoch den Wettbewerb zwischen Unternehmen nicht verfälschen und dürfen nicht zu Verlagerungen von einem Teil der Union in einen anderen führen.

- d) Die europäische Finanzierung muss sich auch auf die Förderung regionaler Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsinfrastrukturen konzentrieren: Forschungszentren, Gründerzentren, Wissenschaftsparks, Unterstützung von Innovationsnetzwerken, Förderung der Verbreitung von Innovationen und eine allgemeine Verbesserung der Bildungs- und Forschungssysteme.
- e) **Das öffentliche Auftragswesen** (14 % des BIP) ist ein wichtiger Hebel zur Schaffung von Mehrwert und Arbeitsplätzen. Sein Potenzial muss durch die Aufnahme innovativer, grüner und sozialer Kriterien in öffentliche Ausschreibungen voll ausgeschöpft werden anstatt nur auf den niedrigsten Preis zu achten. Das MEAT-Prinzip (Most Economy Advantageous Tender), das Lebenszykluskosten, Umweltziele und soziale Aspekte stärker in den Vordergrund stellt, ist ein starkes Instrument, um öffentliche Gelder effizient, nachhaltig und strategisch auszugeben, und muss viel stärker genutzt werden. Ferner verdient die Bestimmung im überarbeiteten europäischen Rahmenwerk für das öffentliche Beschaffungswesen, die es ermöglicht, Angebote in öffentlichen Ausschreibungen abzulehnen, wenn mehr als 50 % des Mehrwerts außerhalb der EU geschaffen wird, größere Aufmerksamkeit.
- f) Der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein **internationales Beschaffungsinstrument muss rasch angenommen werden**. Wenn eine Diskriminierung von EU-Unternehmen auf Beschaffungsmärkten nachgewiesen ist, würde es dieses Instrument nämlich ermöglichen, das ursprünglich eingereichte Angebot für Güter und Dienstleistungen aus dem betroffenen Land als teurer (bis zu 20 % mehr) zu bewerten, was europäischen Waren und Dienstleistungen einen Wettbewerbsvorteil bringen würde.
- g) **Intelligente, dynamische Festsetzung europaweiter Normen** kann die Risiken für Innovatoren und Käufer reduzieren, indem die Forderungen in Bereiche zusammengeführt werden, die sonst zu häufig über mehrere Lösungen verteilt würden. Normen bieten Innovatoren Rechtssicherheit. Normen können Innovationen fördern, wenn sie mit einem anspruchsvollen Funktionalitätsgrad formuliert werden, ohne zu spezifizieren, welche Lösung angewendet werden muss, wodurch der Weg für Innovation offensteht.
- h) Besseres **Mainstreaming** von Industriepolitik auf allen politischen Ebenen (GD, Mitgliedstaaten, Regionen) muss die Effizienz von Industriepolitik erhöhen. Die Eigenverantwortlichkeit der europäischen Industriepolitik auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene muss gestärkt werden. Langfristige Aktionspläne der EU (EU2020, Klimapläne usw.) müssen sich in industriellen Aktionsplänen widerspiegeln. Ein umfassender Ansatz in Bezug auf Synergien zwischen verschiedenen industriepolitischen Initiativen (Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Transport, Handel, Digitalisierung, Innovation, Investitionen, Fertigkeiten, Energie, Regionalpolitik) würde definitiv zur Maximierung der Auswirkungen von Industriepolitik beitragen. Schließlich brauchen wir einen besseren wirtschaftlichen und statistischen analytischen Rahmen, um die Dynamik industrieller Entwicklungen zu analysieren.
- i) Strategische Planung und angemessene öffentliche Finanzierung für die **Modernisierung der industriellen Infrastruktur in Europa**: transeuropäische Netze für Verkehr (Bahn), Energie und Kommunikation, Logistik, intermodaler Transport, Flug- und Seehäfen, Gewerbegebiete, Forschungsinfrastruktur usw.
- j) Eine **Reform der europäischen Wettbewerbspolitik** zur Unterstützung industrieller Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungsketten und zum Erhalt bzw. zur Schaffung

europäischer Champions in globalisierten Lieferketten. Die europäische Wettbewerbspolitik darf nicht zur Zerstörung integrierter Wertschöpfungsketten führen und darf nicht die Schaffung ehrgeiziger europäischer Industrieprojekte behindern (Airbus, Ariane, Galileo, ...).

- k) Die erwartete Revision des **Regelwerks zur Marktüberwachung** ist zu begrüßen, aber eine bessere Koordination zwischen den Behörden ist ebenso dringend notwendig (durch die Gründung einer EU-Agentur).
- l) Die Mitgliedstaaten müssen auch weiterhin die Möglichkeit haben, Schlüsselindustrien durch die Gründung öffentlicher Unternehmen oder die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen zu unterstützen.

5. Die Digitalisierung der europäischen Industrie muss ein Prozess gemeinsamen Fortschritts sein

Digitalisierung ist die Vernetzung von Objekten und Personen, wann und wo auch immer, und die automatisierte und autonome Verarbeitung der daraus resultierenden Daten. In der Industrie führt sie zur digitalen Integration aller Prozesse: Entwicklung, Fertigung (das Konzept „Industrie 4.0“), Wartung und Verwaltung. Diese digitale Integration hat das positive Potenzial, enorme Produktivitätsgewinne, Zuverlässigkeit, Anpassung an Kundenbedürfnisse und Schnelligkeit in jedem Maßstab zu erreichen (von einer individuellen Maschine bis zu einem ganzen Produktionssystem). Sie kann die komparativen Vorteile der europäischen Fertigung signifikant verstärken und damit industrielle Arbeitsplätze schützen oder sogar ausbauen. industriAll Europe ist daher der Ansicht, dass die Digitalisierung der europäischen Industrie nicht gestoppt werden kann und soll. Aber sie muss eingeraht, geregelt und kontrolliert werden. Die europäische Industrie wird entweder digitalisiert oder nicht weiter bestehen, durch effizientere und schnellere Wettbewerber übernommen werden. Als Industriegewerkschaft ist es unsere Pflicht, die Digitalisierung zum Wohle aller Mitglieder der Gesellschaft und aller Industriebeschäftigten zu gestalten. Andererseits sind die negativen Konsequenzen der Digitalisierung für die bestehenden Arbeitsplätze möglicherweise massiv. Der Anteil der Arbeitsplätze, die durch digitale Technologien bedroht sind, wird für die Gesamtwirtschaft auf zwischen 12 % und 45 % geschätzt. Bei diesen bedrohten Arbeitsplätzen handelt es sich meist um Routinejobs, die für die Industrie typisch sind, aber auch um Arbeitsplätze von Angestellten.

Die Digitalisierung hat außerdem spezifische Auswirkungen, über Produktivitätsgewinne hinaus, die allen technologischen Veränderungen der Industrie in der Geschichte gemein waren. Sie bündelt Macht und Reichtum bei den Unternehmen, die die Plattformen, die Software oder die Daten kontrollieren und entzieht dadurch allen anderen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette die Kapazität, zu investieren, Neuerungen einzuführen und gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu bieten. Digitalisierung stellt auch die Grundlagen des unbefristeten Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisses auf der Grundlage von Tarifverträgen infrage, da alle Aufgaben (einschließlich der Kontrolle) individuell, automatisch und aus der Ferne ausgeführt werden können.

Folglich werden die Beschäftigten einer weltweiten Preiskonkurrenz ausgesetzt, und prekäre Beschäftigung mit individualisierten Arbeitsbedingungen nimmt rasant zu (freie Mitarbeiter, Scheinselbstständigkeit, Crowdsourcing). Sie können beispielloser Kontrolle über ihre Arbeit ausgesetzt sein (mit Kameras, Sensoren, automatischer Überwachung). Positiver hingegen ist, dass Digitalisierung die Rückverfolgbarkeit industrieller Prozesse entlang der Wertschöpfungsketten, für die Kreislaufwirtschaft oder die Überwachung sozialer und ökologischer Fertigungsbedingungen ermöglicht (z. B. Bekleidung und Schuhwerk). Sie erleichtert zudem die demokratische Zusammenarbeit zwischen den Beschäftigten.

Aus **industrieller Sicht** möchte industriAll Europe, dass europäische Politiken eine Digitalisierung der Industrie unterstützen, die eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung fördert und ihre Chancen für das öffentliche Interesse nutzt. Solche zukünftigen Strategien würden:

- a) zur **industriellen Entwicklung** in Europa beitragen:
 - i. das Potenzial digitaler Technologien zur Bewältigung unserer „**großen gesellschaftlichen Herausforderungen**“ (Energie- und Ressourceneffizienz, Klimawandel, Mobilität, Gesundheit) nutzen,
 - ii. eine **führende Position in elektronischen Komponenten und Systemen** zurückerobern: Umsetzung eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) für öffentlich-private Investitionen in eine autonome europäische Kapazität, um die

- iii. die Entwicklung **neuer IKT-Sektoren** wie Big Data, Cloud-Computing, künstliche Intelligenz und fortgeschrittene Fertigung unterstützen,
 - iv. **die Prozesse der Kreislaufwirtschaft** (Wartung, Reparatur, Demontage und Recycling) **industrialisieren** und **automatisieren**,
 - v. die Entwicklung **digitaler Fertigkeiten** unterstützen, die für die Industrie notwendig sind, als Instrument für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen,
 - vi. in allen Regionen und allen Mitgliedstaaten **in Breitbandinfrastruktur** investieren.
- b) europäische **Werte** unterstützen:
- i. ambitionierte Normen für die **Sicherheit** und **Vertraulichkeit** von Daten in europäischen Netzwerken und „Cloud“-Infrastruktur **auflegen**,
 - ii. **soziale und ökologische Fertigungsbedingungen** in internationalen Wertschöpfungsketten **rückverfolgen** und **überwachen** und eine nachträgliche Manipulation der gesammelten Daten verhindern,
- c) verhindern, dass **digitale Monopole** den durch die europäische Industrie geschaffenen Reichtum abfassen:
- i. **Wertschöpfung** nach den Regeln jenes Ortes **regulieren** und **besteuern**, an dem die durch digitale Plattformen vermittelte Arbeit physisch ausgeführt wird
 - ii. **die Verwendung offener Standards** für die digitale Integration von Fertigung, und deren Verfügbarkeit unter fairen, angemessenen und nicht diskriminierenden (FRAND) Bedingungen **vorschreiben**
 - iii. **monopolistische digitale Plattformen** regulieren: industrielle Daten müssen für alle unter FRAND-Bedingungen zugänglich sein; die Verfügbarkeit transparenter und „fairer“ Suchalgorithmen für den Nutzer muss vorgeschrieben werden.

In **sozialer Hinsicht** fordert industriAll Europe, dass der Übergang in eine digitalisierte Industrie für alle Beschäftigten fair ist und als Chance für sozialen Fortschritt genutzt wird. Es ist mithin notwendig:

- a) **Wandel** auf eine sozial verantwortungsvolle Weise **zu antizipieren** und zu **bewältigen**, indem nationale und europäische Unterrichts- und Anhörungsrechte entlang der Wertschöpfungskette gestärkt werden,
- b) sicherzustellen, dass die Beschäftigten ihren **gerechten Anteil am durch Digitalisierung generierten Wohlstand** erhalten, und dass über die Zuweisung dieser Gewinne diskutiert wird (Löhne, Arbeitszeit).
- c) die konstante Verfügbarkeit mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ein **Recht auf Nichterreichbarkeit** zu verhindern und sicherzustellen, dass die Arbeitszeitflexibilität, die durch die Digitalisierung ermöglicht wird, gerecht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgeteilt wird und dass die Gesundheit der Beschäftigten nicht geschädigt wird,
- d) in Forschungs- und Innovationsprojekten das Potenzial digitaler Technologien zu entwickeln, um die Beschäftigten zu **unterstützen**, statt sie zu ersetzen,
- e) ein individuelles **Recht** auf Weiterbildung zum kontinuierlichen Erwerb **höherer und neuer Kompetenzen** (einschließlich eines wohl durchdachten Einsatzes von e-Learning-Tools) sicherzustellen, das den Erwerb anerkannter, validierter, übertragbarer und herstellernerneutraler digitaler Fertigkeiten fördert; neben Grundlagenkompetenzen, MINT-Kompetenzen und Querschnittskompetenzen müssen digitale Kompetenzen im Zentrum der beruflichen Aus- und Weiterbildung in unseren Sektoren stehen,

- f) sicherzustellen, dass **alle** Beschäftigten, auch die in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen (z. B. Crowd- und Plattformarbeitnehmer, Zeitarbeitskräfte), **kollektiv** über ihre Löhne und Arbeitsbedingungen **verhandeln** oder in den Geltungsbereich von Tarifverträgen aufgenommen werden können;
- g) **Gesundheitsschutz & Sicherheit** bei der Arbeit zu gewährleisten, wenn mit autonomen Robotern und Fahrzeugen gearbeitet wird, und für eine klare Haftungsregelung mit schneller Entschädigung bei Unfällen zu sorgen; daher ist eine echte Beteiligung der Arbeitnehmer an der Prävention und Behebung von Risiken erforderlich;
- h) die **arbeitnehmerbezogenen Daten zu schützen**, indem faire Bedingungen für die Einwilligung der Beschäftigten zu Datenerfassung und -verarbeitung, die Grenzen der Arbeitnehmerüberwachung und Transparenz bei den Entscheidungen von Algorithmen (künstlicher Intelligenz), die Auswirkungen auf ihre Laufbahn haben, definiert werden;
- i) Einführung von **auf den Menschen** ausgerichteter Systeme der **Arbeitsorganisation** und Produktionsmethoden, die die Autonomie und kognitiven Fähigkeiten der Arbeiter nicht in Frage stellen;
- j) Verbesserung des Verständnisses der Beschäftigten und ihrer Vertreter in Bezug auf die über sie gesammelten Daten und die Nutzung dieser Daten.

6. Industrie: ein Motor für nachhaltige Entwicklung

Der Aufbau einer nachhaltigen, zirkulären und integrativen Wirtschaft ist das übergeordnete Ziel jeder Industriepolitik. Langfristige Klimaziele und -pläne stellen die Weichen und werden das Wesen der Industrie tiefgreifend verändern. IndustriAll Europe unterstützt uneingeschränkt die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, die internationalen Klimaabkommen (Paris) und die europäischen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050. Die Industrie von morgen wird hochgradig energie- und materialeffiziente Prozesse nutzen, erneuerbare und wiederverwertete/wiederverwendete Materialien einsetzen und mit zunehmend nachhaltigeren Geschäftsmodellen arbeiten. Im vergangenen Jahrzehnt der Rezession wurden in der „grünen“ Wirtschaft mehr als eine Million Arbeitsplätze geschaffen. Die Industrie kann erhebliche Energie- und Materialeinsparungen erzielen, während die Kreislaufwirtschaft Arbeitsplätze im Inland schafft, die nicht verlagert werden können. Daher muss das wirtschaftliche und Beschäftigungspotenzial nachhaltiger Entwicklung voll genutzt werden. Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung muss mit ökologischem und sozial nachhaltigem Wachstum einhergehen:

- a) **Synergien zwischen Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung** müssen genau untersucht werden und das Instrumentarium für eine nachhaltige Industriepolitik muss weiterentwickelt werden. Dieses Instrumentarium wird eine kluge Kombination aus einer Reihe politischer Maßnahmen empfehlen: langfristige Zielsetzungen und Pläne, Bepreisung von Kohlenstoffemissionen, Förderung grüner Technologien, Preisinstrumente für knappe Ressourcen, Verlagerung der Steuerlast zugunsten der Umwelt, Unterstützung der Energiewende und Steuern/Subventionen zur Steuerung des Verbraucher- und Erzeugerverhaltens. Die im Rahmen der internationalen und europäischen Klimaziele eingegangenen Verpflichtungen müssen in die industriepolitischen Strategien der EU integriert und in industriepolitische Aktionspläne umgesetzt werden, wobei sichergestellt werden muss, dass alle Unterzeichner diese Verpflichtungen einhalten.
- b) Volle Aufmerksamkeit ist der Schaffung **einer industrialisierten Kreislaufwirtschaft** zu widmen, die über Reststoffverwertung hinaus geht und stattdessen auf Wiederverwendung und Weiterverarbeitung ausgerichtet ist. Der Ausbau und die weitere Entwicklung der europäischen Führungsposition in einer kohlenstoffarmen und Kreislaufwirtschaft werden von entscheidender Bedeutung sein. Neue Initiativen wie eine Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe oder die Schaffung einer europäischen Lieferkette für Batterien werden die europäische Industriestruktur zweifelsohne stärken und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Besondere Aufmerksamkeit hat der Erhöhung der Ressourceneffizienz, dem Zugang zu kritischen Rohstoffen und der Entwicklung gut funktionierender Märkte für sekundäre Rohstoffe zu gelten. In diesem Zusammenhang unterstützt industriAll Europe eine saubere und nachhaltige Bergbauindustrie (insbesondere für neue Materialien). Auch eine erweiterte Herstellerverantwortung, umweltbewusste öffentliche Beschaffungspolitik und Ökodesign könnten zur Schaffung von Märkten für Kreislaufprodukte/-dienstleistungen beitragen. Schließlich könnten öffentlich-private Partnerschaften Produktionsplattformen schaffen, die auf die Kreislaufwirtschaft spezialisiert sind.
- c) Ambitionierte europäische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, wie das Emissionssystem der EU (EU-EHS), legen der europäischen Industrie zusätzliche Kosten auf und bringen Nicht-EHS-Ländern einen Wettbewerbsvorteil. Die **Verlagerung von CO₂-Emissionen** in Nicht-EU-Länder, die keine strenge Umweltpolitik verfolgen oder hohe Arbeitsstandards setzen, muss verhindert werden.

- d) Auch wenn CO₂-Emissionen gesenkt werden können, können sie jedoch nicht zur Gänze vermieden werden, was es erforderlich macht, wirtschaftlich sinnvolle Methoden zu entwickeln, um **Kohlenstoff abzuscheiden und wiederzuverwenden** (als Ausgangsmaterial, Kraftstoff oder als Basisrohstoff).
- e) Die **Zukunft der vielen energieintensiven Industrien** muss durch Mittel des Innovationsfonds und des Modernisierungsfonds gewährleistet werden, die diese Sektoren beim Übergang zu nachhaltigeren Strukturen (einschließlich „tiefer Dekarbonisierung“) umfassend unterstützen müssen. Ein hohes Investitionsniveau und ein ergänzender Regulierungsrahmen sind dringend notwendig, um bahnbrechende Technologien an den europäischen Standorten einzuführen und die Emissionen auf kosteneffiziente Weise drastisch zu senken.

7. Eine faire Energiewende

IndustriAll Europe hat sich ehrgeizigen Zielen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien verschrieben. Die energiepolitischen Herausforderungen sind allerdings vielfältig und oft widersprüchlich: bezahlbare Energiepreise für Industrie und Haushalte, Erreichen unserer Klimaziele, Versorgungssicherheit, Bewahren einer führenden Position in Energietechnologien. Eine umfassende Energiepolitik muss auf ambitionierten langfristigen Zielsetzungen beruhen, die zugleich technologisch und ökonomisch realisierbar sind. Erforderlich ist außerdem ein Regulierungsrahmen, der die Versorgung mit sicherer, bezahlbarer und erneuerbarer Energie ermöglicht. Die Energiewende weg von fossilen Brennstoffen muss als Hebel für sozialen Fortschritt genutzt werden. Niemand darf zurückgelassen werden. Beschäftigten, die von der Umstellung auf eine Produktion mit geringen CO₂-Emissionen betroffen sind, müssen gute Perspektiven für ihre berufliche Weiterentwicklung geboten werden und sie müssen zu guten und sicheren Arbeitsplätzen in vielversprechenden neuen Aktivitätsbereichen der Wirtschaft geführt werden.

Für industriAll Europe ist Energie ein grundlegendes öffentliches Gut. Die Behörden müssen weiterhin eine bedeutende Rolle in der Erzeugung und Verteilung von Energie spielen.

- a) **Energiepolitik muss dem allgemeinen Interesse dienen** und einen Regelungsrahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Gleichbehandlung, des Umweltschutzes und einer besseren Qualität zu den niedrigsten Kosten unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Zahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte. Dies erfordert eine zweckmäßige Bewertung der aktuellen Politiken.
- b) **Sichere, ausreichende und nachhaltige Energie**, die sowohl Bürgern als auch Unternehmen zu niedrigen und kalkulierbaren Kosten zur Verfügung steht, ist eine Schlüsselpriorität für Industrie und Gesellschaft. Das ambitionierte Ziel des „Clean Energy Package“ besteht darin, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, Energiemärkte besser zu integrieren und einzelstaatliche Energiepolitiken zu koordinieren, während gleichzeitig Energieunabhängigkeit, Energieeffizienz und der Anteil erneuerbarer Energie erhöht werden. In dem Paket wurden außerdem die langfristigen Klimazielsetzungen der EU für 2030 überprüft. industriAll Europe fordert eine enge Überwachung der industriellen und beschäftigungsbezogenen Aspekte dieser umfassenden Initiative.
- c) Europas alternde Energieinfrastruktur muss durch die Entwicklung **intelligenter Stromnetze** modernisiert werden, die erneuerbare Energie in das Stromnetz integrieren. Die Elektrifizierung des Verkehrs und die Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien werden den Strombedarf in die Höhe treiben und somit **massive Investitionen in die Erzeugung und (emissionsarme) Verteilung von Elektrizität** erfordern. Die Entkarbonisierung des Verkehrs muss technologieneutral erfolgen: batterieelektrische Fahrzeuge, Hybrid, Wasserstoff, Erdgas, synthetische Kraftstoffe usw.
- d) Es müssen die Anstrengungen intensiviert werden, um neue, effiziente und rentable **emissionsfreie Energietechnologien** zu entwickeln und diese rentabel auf den Markt zu bringen, z. B. unterstützt durch den Strategieplan für Energietechnologie.
- e) Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie im Energiesystem muss durch bahnbrechende Technologien im Bereich **Energiespeicherung** und **verstärkte Interkonnektivität** unterstützt werden, um Versorgungsschwankungen auszugleichen.
- f) Eine vorausschauende Energiepolitik muss Industrie und Gesellschaft dazu ermutigen, die besten verfügbaren Technologien zu entwickeln, anzunehmen und zu nutzen, um so **energieeffizienter** zu werden. Dies erfordert gemeinsame Visionen und Ziele (zu Passivhäusern, Mobilität), integrierte

politische Strategien (umweltbewusstes öffentliches Beschaffungswesen) und Regelungen (Ökodesign, Energielabels).

- g) **Der Übergang in eine kohlenstoffarme Gesellschaft muss ein „fairer Übergang“ sein.** Das bedeutet, dass die Auswirkungen struktureller Veränderung rechtzeitig antizipiert und bewertet werden und die Beschäftigten, Unternehmen und Regionen, die unter dem Strukturwandel leiden, angemessene Unterstützung erhalten. Dies erfordert einen integrierten Ansatz und einen starken und kohärenten sozialen Dialog durch die Beteiligung aller Interessenträger auf allen Ebenen: Unternehmen (Weiterbildung, interne Mobilität, Antizipation von Umstrukturierungen zur Vermeidung von Entlassungen), Arbeitsmarktagenturen (reibungsloser Wechsel von einem Arbeitsplatz zum anderen), Behörden (regionale Umstrukturierungspläne) und Gewerkschaften („eine Lösung für jeden durch Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmer“). Ein „gerechter Übergang“ erfordert außerdem eine intelligente und zielgerichtete Finanzierung regionaler Umstrukturierung, um neue nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu begründen, die eine neue Zukunft für die betroffenen Regionen und ihre Beschäftigten garantieren können.
- h) Energiepolitik sollte von einer Industriepolitik begleitet werden, die die industriellen Wertschöpfungsketten für Energieerzeugnisse aufrechterhält, schafft oder wiederherstellt.

8. Innovation durch alle und für alle

Während im industriellen Zeitalter Wert durch „Kapital“ und „Arbeit“ geschaffen wurde, werden diese klassischen Produktionsfaktoren in der heutigen wissensbasierten Wirtschaft durch „Wissen“ ergänzt und erweitert. Wissen ist zur wichtigsten industriellen Ressource geworden.

Die Industrie von morgen wird durch die Wissensgeneration von heute geformt. Die Projekte, die zurzeit in Laboren oder auf dem Zeichentisch liegen, werden später zu intelligenten leistungsstarken Produkten oder effizienteren und umweltfreundlicheren Prozessen. Sie werden Marktanteile, Wertschöpfung und Arbeitsplätze verdrängen. Sie werden Fertigkeiten und Arbeitsbedingungen verändern. Innovation ist unendlich. Sie ist der Schlüssel zu nachhaltiger ökonomischer Entwicklung. Gewerkschaften können und müssen sich aktiv an der Gestaltung von Innovation beteiligen, hin zu einem Modell, bei dem Innovation allen Beschäftigten und allen Bürgern offensteht und allen zugutekommt: „**Innovation durch alle und für alle**“.

IndustriAll Europe ist der Auffassung, dass das Ziel von Innovation darin bestehen muss, soziale, ökologische und ökonomische Bedürfnisse zu erfüllen, bessere Produkte und bessere Prozesse zu liefern, die Führungsrolle der europäischen Industrie in der technologischen Entwicklung zu sichern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und einen fairen Übergang auf eine kohlenstoffarme Gesellschaft zu gewährleisten. Innovation ist daher ein sehr wertvolles Instrument, aber auch nur ein Instrument, zum Erreichen höherer gesellschaftlicher Ziele. Innovation kann weder Selbstzweck noch ein „Prinzip“ sein, das beispielsweise das Vorsorgeprinzip untergraben würde.

Um diese Ziele zu erreichen, hat industriAll Europe die folgenden strategischen Optionen herausgearbeitet:

- a) Industrie und Behörden müssen ihre **Investitionen** in für Industrie und Gesellschaft relevante Forschung, Entwicklung und Innovation deutlich erhöhen. Öffentliche Unterstützung für private F&E&I muss unter der **Bedingung** erfolgen, dass die **erste industrielle Anwendung** innerhalb Europas verwirklicht wird.
- b) Europäische Unternehmen müssen **mehr als das 1,5-fache des OECD-Durchschnitts** ihres Sektors und ihrer Größenkategorie für F&E&I aufwenden.
- c) industriAll Europe hat **eine Reihe vorrangiger Bereiche** herausgearbeitet, die für den industriellen Wandel von zentraler Bedeutung sind und Investitionen verdienen: nachhaltige Mobilität, eine industrialisierte Kreislaufwirtschaft, intelligente Verteilungs- und Speichernetze für elektrische Energie, elektronische Komponenten & Systeme, Nanotechnologien als Ersatz für kritische Rohstoffe, multimodale, hybride Transportsysteme, offene „Cloud“-Dienstleistungen, flexibilisierte Massenproduktion von Bekleidung, Wärmedämmung von Gebäuden und biobasierte Chemie.
- d) **Die Regulierung des Binnenmarktes muss berechenbar, konsequent und ambitioniert** sein, um Innovationshemmnisse abzubauen und eine Differenzierung von Produkten und Prozessen durch Qualität zu fördern. Sie muss ehrgeizige Ziele in Bezug auf Energieeffizienz und strenge Anforderungen an das Ökodesign industrieller Produkte in Bezug auf deren Energie- und Rohstoffeffizienz stellen.
- e) Innovationssysteme müssen **Zusammenarbeit, Demokratie und Arbeitnehmerbeteiligung** fördern. Gewerkschaften müssen in den Leitungsgremien der aktuellen öffentlich finanzierten F&E-Programme auf europäischer Ebene mitwirken. Intensiver sozialer Dialog muss sich mit Innovation am Arbeitsplatz befassen und auf eine „Innovationsdemokratie“ abzielen. Wir fordern ein EU-weites Recht (aber keine Verpflichtung) für alle Beschäftigten, mitarbeitergestützte Innovation zu initiieren.

- f) Die **Erfolgsbilanz von Horizont 2020** muss in FP9 bestätigt werden. Zugleich müssen die finanziellen Mittel erheblich aufgestockt werden, während die sehr hohe Rate abgelehnter Anträge gesenkt werden muss. Das zukünftige Rahmenprogramm für F&E muss die wichtigsten Grundzüge von Horizont 2020 zur Unterstützung industrieller Forschung beibehalten: industrielle Säule, Fördermittel, öffentlich-private Partnerschaften für Innovation und gemeinsame technologische Initiativen. Der Verbreitung von Technologie und der Stärkung der Aufnahmekapazität von Unternehmen für neue Technologien sowie kooperativer industrieller Forschung/Innovation muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

9. Handel muss fair sein, um für die Mehrheit von Nutzen zu sein

IndustriAll Europe misst freiem und fairem Handel große Bedeutung für das Wachstum der europäischen Wirtschaft und Industrie bei. Die Beschäftigten in Europa sorgen sich jedoch zunehmend über die Folgen von Handelsabkommen für ihre Arbeit, ihre Industrie und ihre Gemeinschaft. Es ist selbstverständlich, dass Handelspolitik nicht nur den multinationalen Unternehmen, sondern vor allem auch allen Bürgern Vorteile bringen muss. Nur so kann die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen werden. Handelspolitik muss sicherstellen, dass die importierten Güter, die wir konsumieren, von Menschen hergestellt werden, die nicht ausgebeutet werden, eine gerechte Entlohnung erhalten, in einer sicheren Umgebung arbeiten und von Unternehmen beschäftigt werden, die weltweit gültige Verhaltenskodizes einhalten.

Wirtschaftliche Globalisierung ist Realität geworden. Dies bringt die Herausforderung mit sich, ein gerechteres, integrativeres globales Handelssystem zu schaffen. Um die Auswüchse des globalen Kapitalismus zu zügeln, muss Globalisierung in eine multilaterale, regulierte wirtschaftliche und politische Ordnung eingebettet werden. Handelspolitik muss Zusammenarbeit fördern und nicht Wettbewerb. Menschen, nicht Gewinne, müssen im Zentrum von Handelspolitik stehen.

Der Weg zu einem faireren globalen Handelssystem führt unserer Ansicht nach über folgende Stationen:

- a) **Multilateralismus muss wiederbelebt werden.** Multilaterale regulatorische Lösungen sind am begrüßenswertesten, da sie gegenüber bilateralen Handelsabkommen einige wichtige Vorteile bieten, wie global umfassende und transparente Marktzugangsvereinbarungen, Regelsetzung, Transparenz und die Beilegung internationaler Streitigkeiten.
- b) Die internationalen Finanz-, Währungs- und Regulierungsinstitutionen müssen reformiert werden, um ihre Legitimität, Wirkung und Transparenz zu erhöhen.
- c) **Stärkung der demokratischen Legitimität von Handelsabkommen.** Volle Transparenz, die Einbeziehung der Interessenträger und öffentliche Kontrolle müssen von Anfang an gewährleistet sein.
- d) **Handelsabkommen müssen durchsetzbare Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung und Arbeitnehmerrechten enthalten.** Durch starke arbeitsrechtliche Bestimmungen zur Verhinderung eines globalen Abwärts Wettlaufs bei Arbeitsplatzstandards müssen Handelsabkommen Arbeitsplätze im In- und Ausland fördern. Die Ratifizierung und Umsetzung der wichtigsten ILO-Standards sind für einen fairen Handel von zentraler Bedeutung. Um die Einhaltung internationaler Arbeits- und Umweltabkommen oder der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit zu gewährleisten, müssen verbindliche internationale Durchsetzungsmechanismen geschaffen werden.
- e) **Keine Sonderrechte für ausländische Investoren.** Ausländischen Investoren können keine besonderen Privilegien gewährt werden, die nicht auch für einheimische Investoren, Beschäftigte oder Verbraucher gelten.
- f) **Wahrung des Regulierungsrechts.** Handelsabkommen dürfen keinesfalls den Raum für öffentliche Politik einschränken oder Regierungen daran hindern, Dienstleistungen anzubieten/ im öffentlichen Interesse zu regulieren.
- g) **Öffentliche Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichen) Interesse müssen vollumfänglich geschützt werden,** während die **Vergabe öffentlicher Aufträge** ein wichtiges Instrument für die Industriepolitik und die Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen bleiben muss.
- h) **Die Partner von Handelsabkommen müssen von Beginn der Verhandlungen an die sozialen Konsequenzen geöffneter Märkte berücksichtigen.** Außerdem müssen die Gewinne des Freihandels gerecht verteilt werden.

- i) Handelsabkommen müssen in Sachen Marktzugang, ausländische Direktinvestitionen und Vergabe öffentlicher Aufträge auf **Gegenseitigkeit** beruhen. Ein effektiver **Screening-Mechanismus** muss verhindern, dass staatlich unterstützte Unternehmen aus dem Ausland strategische Industrieanlagen in Europa übernehmen.
- j) **Entwicklung wirkungsvoller Handelsschutzinstrumente** (z. B. der vorgeschlagene Screening-Mechanismus für ADI) zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs.
- k) **Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen** zwischen dezentralisierten, gemischten Ökonomien und zentralisierten staatlich gelenkten Wirtschaftsmodellen.
- l) **Förderung von Good Governance auf globaler Ebene** durch Bekämpfung von Korruption, unerlaubtem Handel und Produktpiraterie. Dies sollte nicht nur für Behörden gelten, sondern auch für Unternehmen, indem rechtliche Rahmenbedingungen für die **Rechenschaftspflicht von Unternehmen** in der gesamten Wertschöpfungskette entwickelt werden.

10. Unternehmen müssen in Arbeitsplätze investieren, nicht in Steuerparadiese

Die vielen Steuer-„Leaks“ (Lux Leaks, Swiss Leaks, Panama Papers, Paradise Papers) in jüngster Zeit zeigen, dass Steuervermeidung ein enormes gesellschaftliches Problem geworden ist. Eine Gesellschaft, in der die Reichen unzählige Möglichkeiten haben, Geld zu verstecken und Reichtum in geheimen Offshore-Steuerregimes zu konzentrieren, während nur die „kleinen Leute“ Steuern zahlen, ist nicht nachhaltig. Darüber hinaus ist Steuerbetrug oft mit Geldwäsche und Kriminalität verbunden.

Positiv ist, dass die vielen Steuerskandale zu einem neuen Fokus auf Bekämpfung von Steuerbetrug und zu verschiedenen Initiativen der G20, der OECD und der EU geführt haben.

Für industriAll Europe ist eine gerechte Besteuerung ein Eckpfeiler unseres europäischen Sozialmodells. Eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Steuerzahlern und fairer Wettbewerb zwischen Unternehmen darf nicht durch Steuerhinterziehung untergraben werden. Interner Steuerwettbewerb zwischen Regierungen, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, muss dringend thematisiert werden, da er zu einem Abwärtswettkampf bei effektiven Steuersätzen und damit Steuereinnahmen führt.

Eine weitere Erklärung für diese stete Aushöhlung der Besteuerungsgrundlage liegt in der Tatsache, dass – da Wissen und Technologie immer wichtiger werden – die Faktoren, die wirtschaftlichen Wert schaffen, wie geistiges Eigentum und Rechenleistung von Software, frei sind. Diese immateriellen Vermögenswerte, die Gewinne erwirtschaften, befinden sich daher vorzugsweise dort, wo die steuerliche Regelung am günstigsten ist. Dies wirft die Herausforderung auf, den Fokus der Steuersysteme von der Herkunft des Produkts dorthin zu verlagern, wo der Kunde seinen Sitz hat.

Um sicherzustellen, dass Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne machen und um Steuersysteme effizienter und gerechter zu gestalten, schlägt industriAll Europe Folgendes vor:

- a) Vollständige und weltweite Umsetzung des **BEPS-Programms** (Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung) **der OECD** und Einführung eines **globalen Mindeststeuersatzes von 10% für Unternehmen**.
- b) Einführung einer verpflichtenden **gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage und eines Mindeststeuersatzes für Unternehmen**.
- c) Wirksamer **Kampf gegen Steuerparadiese** und das Verbot jeglicher Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.
- d) verstärkte Anstrengungen, um **alle Steuerschlupflöcher, Steuerparadiese und Steuerdeals in der Europäischen Union zu schließen und abzuschaffen**. Es muss volle Transparenz gegeben sein, während Steuerbescheide im Kontext der Beihilferegulungen behandelt werden sollten.
- e) (öffentlich zugängliche) **Register des wirtschaftlichen Eigentums** von Unternehmen, Trusts, Stiftungen und ähnlichen Rechtskonstruktionen müssen aktuelle Informationen zur tatsächlichen Eigentumsstruktur jeder juristischen Person bieten.
- f) Umsetzung einer **länderspezifischen Berichterstattung**, nach der Unternehmen Informationen über ihre Aktivitäten offenlegen müssen. Die länderbezogene Berichterstattung ist ein entscheidendes Instrument im Kampf gegen falsche Transferpreise.
- g) **gerechte Steuermodelle für die digitale Wirtschaft**. Wenn Unternehmen in komplexen weltweiten Unternehmensnetzwerken organisiert sind, lässt lokale Besteuerung Lücken, die ausgenutzt werden können. So ist es zu einer Krise in der Besteuerung von Kapital oder digitalen Dienstleistungen, die von überall aus erbracht werden können, gekommen.

- h) **Wiederaufnahme der festgefahrenen Verhandlungen über die weltweite Finanztransaktionssteuer (FTS).**
- i) **Generelle Anwendung einer allgemeinen Anti-Missbrauchsregelung.** „Wirtschaftliche Substanz“ muss zum Eckpfeiler von Maßnahmen gegen Steuervermeidung werden und juristischen Konstruktionen, die einzig und allein dazu geschaffen werden, um weniger Steuern zu zahlen, dürfen durch Steuerbehörden nicht anerkannt werden.
- j) eine bessere Zusammenarbeit beim Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden in einzelnen Mitgliedstaaten und eine EU-Steuerbehörde, um grenzübergreifende Steuervergehen zu verfolgen.
- k) Praktiken zur Steuervermeidung dürfen nicht Teil der **Ethik von Steuerprofis** (Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Banken) sein und sind zu verbieten.
- l) **Automatischer Informationsaustausch** muss zum weltweiten Standard für internationale Zusammenarbeit werden, um Steuervermeidung und Steuerflucht zu bekämpfen.

11. Stoppt den Wandel nicht, nehmt ihn vorweg

Das Bestreben nach einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, Globalisierung und Digitalisierung wird die Arbeitswelt massiv verändern. Diese disruptiven Tendenzen werden Auswirkungen auf die Anzahl der Arbeitsplätze, die Qualität der Beschäftigung, den Qualifikationsbedarf, die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und die sozialen Sicherungssysteme haben. Den Auswirkungen des strukturellen Wandels auf die Beschäftigung muss angemessen Rechnung getragen werden, um Massenentlassungen und den Niedergang von Regionen zu verhindern. Den betroffenen Arbeitnehmern müssen neue und bessere Kompetenzen vermittelt werden. Die Bewältigung des Strukturwandels ist in vielen Fällen eine Herausforderung. Neue Beschäftigung wird zu anderer Zeit, an einem anderen Ort und für andere Kompetenzprofile als jene Arbeitsplätze geschaffen werden, die obsolet werden. Für industriAll Europe erfordert ein sozial nachhaltiger und verantwortungsbewusster Ansatz der Antizipation, Planung und Bewältigung des Wandels und der Umstrukturierung auch einen drastischen Kurswechsel; weg von Unternehmensstrategien, die auf einer kurzfristigen Gewinnmaximierung basieren, hin zu langfristigen Strategien basierend auf Arbeitnehmerbeteiligung, einer Vision für die Zukunft des Unternehmens, Integration wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen und industriellen Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung. Europamuss aber auch an dem Ziel festhalten, die Diversität seiner Industrie zu bewahren. Mithin braucht es einer gezielten Kombination von Wirtschafts- und Sozialpolitiken:

- a) Verteidigung des Modells **wirtschaftlicher Demokratie** am Arbeitsplatz, das den Beschäftigten, auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene, stärkere Mitsprache bei der Unternehmensstrategie einräumt, was der langfristigen Zukunftsfähigkeit von Unternehmen, der sozial verantwortlichen Antizipation und Bewältigung des Wandels in multinationalen Unternehmen dient.
- b) **Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung** in Bezug auf geplante Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Zukunft ihres Unternehmens, ihre Arbeit, ihre Beschäftigung und ihr Leben haben, sind ein grundlegendes Recht der Beschäftigten und muss daher erfolgen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Ob sie nun auf EU- oder einzelstaatlicher Gesetzgebung basieren, diese Rechte müssen ordnungsgemäß durchgesetzt und weiter gestärkt werden und die gesamte Versorgungskette abdecken.
- c) Erhöhung der **Beschäftigungsfähigkeit** der ArbeitnehmerInnen durch lebenslanges Lernen und Möglichkeiten zum Erwerb neuer und höherer Kompetenzen, um sie proaktiv auf kommende Veränderungen in Unternehmen vorzubereiten.
- d) **Optimale Nutzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds** zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, um jene umzuschulen, deren Arbeitsplätze gefährdet sind, und zur Förderung der Wiederbelebung von Regionen. Der Geltungsbereich des Europäischen Globalisierungsfonds muss erweitert werden, um die aus der Klimaschutzpolitik resultierenden Umstrukturierung zu integrieren, während der Fonds auch Einkommensunterstützung vorsehen sollte.
- e) Gewährleistung eines **reibungslosen Übergangs** von einem Arbeitsplatz zum anderen: Förderung interner Mobilität in Unternehmen, Gruppen-Outplacement, maßgeschneiderte Laufbahnbegleitung und Weiterbildungsprogramme, Hilfe bei der Arbeitssuche, adäquater Sozialschutz, Unterstützung während Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche.
- f) Entwicklung europäischer Mindeststandards zur Vermeidung von Entlassungen, vorübergehende Kurzarbeitsprogramme, Arbeitszeitkonten, Vorruhestandsprogramme usw.
- g) **Regionale Entwicklungs-/Regenerationsprogramme**, für Regionen, die unter struktureller Zerrüttung leiden.

- h) **Förderung von Kooperationen und strategischen Allianzen**, um Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, die Kosten für F&E und Investitionen zu teilen, neue Wertschöpfungsketten zu erschließen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln sowie Konkurse und die Vernichtung von Kapital zu vermeiden.
- i) **Da es KMU oft an Ressourcen zur Anpassung an den Strukturwandel fehlt**, müssen sie dabei unterstützt werden, ihre Position in der Wertschöpfungskette neu zu definieren, indem sie ihre Kernkompetenzen auf andere Geschäftsbereiche innerhalb oder außerhalb ihres traditionellen Geschäfts umlenken und ihre Fähigkeit stärken, neue Technologien in ihre Produkte und Produktionsprozesse zu integrieren.
- j) **Stärkung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen** (Unternehmen, Sektor, regional, national) als Schlüsselement für die rechtzeitige und sozial verantwortungsvolle Antizipation des Wandels.